

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



**Erscheint**  
an allen Werktagen.  
**Abonnement**  
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35  
monatlich 45 Pf.  
Bei allen württ. Postanstalten  
und Boten im Orts- u. Nachbar-  
ortsverkehr vierteljährlich M. 1,35,  
ausserhalb desselben M. 1,35,  
hierzu Bestellgeld 30 Pf.  
**Telefon Nr. 41.**

**Amtsblatt für die Stadt Wildbad.**  
**Veröffentlichungsblatt**  
der Agi. Forstämter Wildbad, Meistern,  
Englödterle u.  
während der Saison mit  
**amtl. Fremdenliste.**

Inserate nur 8 Pfg.  
Anzeigebriefe 10 Pfg., die Klei-  
spaltige Garmondzelle.  
Reklamen 15 Pfg. die  
Zeile.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Rabatt.  
Fotografien  
nach Uebereinkunft.  
Telegramm-Adresse:  
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 24 Freitag den 30. Januar 1914 31. Jahrg.

### Deutsches Reich.

#### Deutscher Reichstag.

##### Mittelstand und Handwerk.

v. Berlin, 28. Januar.

Am Bundesratssitz ist Staatssekretär Dr. Delbrück erschienen. Aus Anlaß der 200. Sitzung ist der Platz des Präsidenten mit Blumen geschmückt. Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr und dankt für die Blumenbeute. Gleichzeitig teilt er mit, daß er die Glückwünsche des Reichstags dem Kaiser zu seinem Geburtstag übermittelt habe. — Darauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Abg. Wiesberts (Str.): Die beste Sicherung der Arbeiter besteht in einer möglichst umfangreichen Unfallversicherung. Auch der Arbeitsnachweis muß ausgebaut werden. Die Wohnungsfrage und das Heimarbeitersystem schleunigst erledigt werden. Die Versicherungsbeiträge für sämtliche Postwertgeschäften muß baldigst erfolgen. Das Schicksal für Jugendliche muß bedauernd erachtet werden. In weiten Kreisen des Volkes bis in die Regierungskreise hinein macht sich eine soziale Müdigkeit bemerkbar. Von dieser Stimmung dürfen wir uns aber nicht unterliegen lassen. Es besteht heute noch eine ungeheure Menge Not und Elend, namentlich unter den Heimarbeitern. Die angehenden Industriellen und Techniker sollten eine soziale Erziehung erhalten, damit mehr soziales Verständnis in breiten Kreisen des Volkes geweckt wird. Das Streitpostensystem darf nicht beseitigt werden. Die Arbeitgeber müssen sich mit dem Organisationsgedanken abfinden. Wir wollen die Koalitionsfreiheit sichern. Unsere Gesetze genügen, um Ausschreitungen zu bestrafen. Einen Stillstand gibt es in der Sozialpolitik nicht. (Bravo im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Meine Ausführungen in der vorigen Woche haben im Hause einstimmige Zustimmung gefunden. Bei meinen Angaben über die Zunahme der Sparkassenguthaben bin ich von dem Abgeordneten Gohrein mißverstanden worden. Der gewerbliche Mittelstand hat an dem Aufschwung leider nicht so teilgenommen wie die anderen Gewerkschaften. Die Gründe für das Mißverhältnis beim Mittelstand finden Sie bereits vor dem wirtschaftlichen Aufschwung vorhanden. Der gewerbliche Mittelstand war bedroht von oben durch den Zusammenschluß von Handel und Industrie zu großen Vereinigungen und von unten durch die Arbeiterschaft mit ihren steigenden Forderungen. Ein großer Teil der Nachkommen der Angehörigen des Mittelstandes tritt teils als Arbeiter, teils als Meister in die Betriebe der Großindustrie ein und übt dadurch auch einen ungünstigen Einfluß auf den Fortbestand des Mittelstandes aus. Die alten Organisationen des

Mittelstandes hatten sich scheinbar überlebt. Wir waren und wohl bewußt, welche wirtschaftliche und nationale Kraft wir verlieren würden, wenn der Mittelstand aufgegeben würde. Deshalb haben wir auch Mittel finden müssen, um vorzubeugen. So mußten die Massenartikel von der Herstellung durch die Handwerker auscheiden. Weiter mußte der Mittelstand wirtschaftlich und technisch geschult werden. Die wichtigste Aufgabe aber war, die alten Handwerkerorganisationen mit einem neuen Geist zu beleben. Die Förderung des Handwerks in technischer und wirtschaftlicher Beziehung liegt in erster Linie bei den Bundesstaaten, der große Komplex der Organisationsfragen dagegen liegt dem Reich ob. Das Reich hat schon mehrfach eingegriffen, so bezüglich des Genossenschaftswesens, durch Bestimmungen über die Ausbildung der Gesellen, Einzelkarte und den kleinen Befähigungsnachweis. Damit haben wir die Aufgaben erfüllt, die uns von den Freunden des Mittelstandes gestellt werden konnten. Die Förderung nach Förderung des Handwerks ist allgemein, aber bezüglich der Wünsche gehen die Ansichten weit auseinander. Mit Enquete ist nicht viel gefolgt. Mehrere Gegenentwürfe sollen dem Handwerk dienen, so das Wandertagegesetz und das Gesetz über die Regelung der Sonntagseuche. Das Verdingungswesen wird gegenwärtig durch eine besondere Kommission bearbeitet. Hoffentlich sieht diese davon ab, eine gesetzliche Regelung zu fordern. Die bestehenden Organisationen des Handwerks genügen für diesen Zweck nicht. Man müßte eine Zentralstelle für das Verdingungswesen schaffen. Auf Grund der Klagen des Mittelstandes über den heimlichen Warenhandel der Beamten ist dieser bereits verboten worden. In gleicher Weise wird gegen den unlauteren Wettbewerb, namentlich gegen das Jugabewesen vorgegangen. Das wichtigste aber ist das Organisationswesen im Handwerk. Bei der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk handelt es sich darum, eine möglichst breite Grundlage dafür zu finden, um Wirtschaften, die ihrer Struktur nach zum Handwerk gehören, zum Beispiel Möbelschneiderei, dem Handwerk zu erhalten. Die Aufhebung des § 100 a der Gewerbeordnung wird nicht mehr so stürmisch verlangt wie früher. Die verbündeten Regierungen bedauern, daß der gewerbliche Mittelstand nicht in der gewöhnlichen Weise an dem wirtschaftlichen Aufschwung teilgenommen hat. Hierin Wandel zu schaffen, werden wir stets bemüht bleiben. (Beifall.)

Abg. Böttger (N.): Eine Vereinfachung der Organisationsfragen wünsche ich nicht. Ein Koalitionszwang, der zum Terrorismus führt, darf aber nicht entstehen. Infolge dessen haben auch die gelben Gewerkschaften ihre Berechtigung. Sie müssen einen härteren Kampf gegen Vorurteile führen, sie haben ihre Lohnkämpfe durchzuführen, ev. auch durch Streiks. (Zuruf bei den Soz.: Sie dürfen ja nicht.) Da sind Sie (zu den Soz.) höchst unrichtig.

Wünschenswert wäre es, wenn das Reichamt den Wünschen des Handwerks etwas schneller nachkäme. Das Verdingungswesen muß unbedingt reichsrechtlich geregelt werden. Die Aufhebung des Scheffelpens, der den Mittelstand erheblich belastet, muß immer wieder gefordert werden. Weiter besprach der Redner eingehend Handwerkerfragen. (Vizepräsident Dr. Bartsch ermahnt den Redner, sich nur über Dinge auszulassen, die wenigstens etwas im Zusammenhang stehen mit der Debatte über das Gehalt des Staatssekretärs.) Die Handwerker sollten sich nicht von dem Bund der Handwerker einsperren lassen. Von einer Koalition in der Sozialpolitik kann keine Rede sein. Bezüglich der Handelspolitik müssen Industrie und Landwirtschaft auf dem Boden sein, wenn es doch nötig werden sollte, den Zolltarif beim Abschluß neuer Handelsverträge zu revidieren. Berechtig ist der Wunsch des Handwerks, bei allem wirtschaftlichen Fragen gehört zu werden. Gegen die Schwindelanstaltungen muß endlich nachdrücklich eingeschritten werden. Das Gesetz zur Sicherung der Bauvorarbeiten muß scharf durchgeführt werden. Die Bauunternehmer müssen hinsichtlich der Verwaltung der Baugelder kontrolliert werden, ebenso bedürfen bei Substationen die Hypothekengläubiger eines größeren Schutzes. Das Jugabewesen muß scharf bekämpft werden. (Beifall.)

Direktor Gaspary: Von einem Stillstand unserer Sozialpolitik kann keine Rede sein. Unserer Beamtenchaft ist sozialpolitisch geschult wie keine andere.

Bartsch (F. P.): Das Handwerk hat erklärt, daß es beim Kartell der schaffenden Arbeit nur ein Ableger des Zentralverbandes deutscher Industrieller ist. Die Konserverfabriken sollten nicht behaupten, daß sie der Mittelstand schätzen wollen. Im Gegenteil, wenn Kaufleute, die auch zum Mittelstand gehören, nicht konfessionell wählen, wird seitens der Konservativen über sie der Boykott verhängt, vielfach auch über die Handwerker, wenn sie nicht mehr für die ihnen vom Großgrundbesitz zugehenden Preise arbeiten. Bei der Enquete über die Lage des Handwerks sollte der Kostenpunkt keine Rolle spielen. Das Handwerk sollte sich lieber den bestehenden gesellschaftl. anerkannten Organisationsformen anschließen. (Beifall links.)

Abg. Kuratowski (Vole): Für die vielen tausend ausländischen Arbeiter gibt es kein Gesetz, das ihre Interessen wahrnimmt. Schon 1911 haben wir einen Gegenentwurf eingebracht, der mit großer Mehrheit angenommen wurde. Die polnischen Sekretariate zur Vermittlung der Arbeitsstellen haben mit der Politik nichts zu tun. Ihre Bestrebungen zur religiösen und sittlichen Hebung der Ausländer werden von dem Damarlenverein durchkreuzt. Die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der polnischen Arbeiter lassen zu wünschen übrig. Auch die Behandlung spottet jeder Beachtung. Schimpfworte wie „Polnisches Schwein“ und Schläge sind an der Tagesordnung. (Vizepräsident Dr.

Was in der Zeichen Bildersaal  
Jemals so reichlich gewesen,  
Das wird immer einer einmal  
Wieder aufrichten und lesen.

S. 218.

### Durch eigene Kraft.

Von Ditta Eliser.

(Nachdruck verboten.)

Es war noch einen Blick nach dem dunklen Schlafzimmer, in dem Herbert mit offenen Augen auf seinem Lager lag und mit angehaltenem Atem der lieblichen, sanften Stimme lauschte.

Dann entsetzte sich das junge Mädchen, und Herbert schloß mit einem leisen Seufzer die Augen. Aber er sah noch immer ihr süßes, ernstes Gesichtchen, auf dem sich die Besorgnis um ihn so deutlich abmalte. Wie ein wunderliches Heiligenbild war sie ihm erschienen. Alle Schmerzen seines Körpers waren verschwunden, selbst die Sorge, der Kummer, die Reue schienen seine Seele verlassen zu haben. Eine seltsame Ruhe war über ihn gekommen. Er fühlte sich so glücklich, so sicher, so wohlbehalten, wie der Schiffer, der nach einer stürmischen Fahrt den wohlumfledeten Hafen erreicht hat, an dem die Stürme gefahrlos vorüberbrausen.

Wie hatte er sich selber nur so trotzig gegen das Glück stemmen können, das ihm aus diesen tiefblauen Augen entgegenleuchtete! Wie hatte er stolz und trotzig an dieser in der Stille blühenden lieblichen Blume vorübergehen können! Wie hatte er nicht den Liebreiz empfinden können, der diese ganze Gestalt mit geheimnisvollem Duft umschwebte.

Dor, der er gewesen war, das Glück von der Hand zu weisen! Aber es war ja noch nicht zu spät! Noch blühte die Blume — noch winkte ihm das Glück! Ein hoffnungsvoller, glücklicher Lächeln umspielte seine Lippen und verschwand auch nicht von seinem Gesichte, als er in einen ruhigen, erquickenden, tiefen Schlummer versank, der bis zum andern Morgen währte.

5.

„Sie können aufstehen und, wenn Sie sich kräftig genug fühlen, auch in den Garten gehen,“ sagte Doktor Wasmund nach zwei Tagen zu Herbert. „Das Wetter ist schon

und frische Luft wird Ihnen gut tun. Nur nehmen Sie sich in acht, daß sich der Verband Ihres linken Armes nicht verschiebt.“

Herbert dankte dem Arzt, der sich mit einem gutmütigen Lächeln erzahlte. Herbert erhob sich und kleidete sich mit Hilfe eines Dieners, den der Oberamtmannt ihm geschickt hatte, an. Er hatte Sehnsucht nach der frischen, herblichen Luft und der Sonne, die mit sommerlicher Wärme über dem sich schon in den Farben des Herbstes leidenden Garten lag. Auch wollte er gern mit Herrn Krüger Rücksprache nehmen, den er die letzten Tage nur flüchtig gesehen hatte, und es verlangte ihn nach Aufschluß über manche Fragen, die ihn während seines Krankenlagers beschäftigt hatten. Daß er sich vor allem nach einem Wiedersehen mit Elise Martini sehnte, wagte er sich nicht zu gestehen.

So ließ er sich durch den Diener den Weg zum Garten zeigen, der sich hinter dem weillängigen Herrenhause ausbreitete, während vor der Vorderfront des Hauses ein gedächterter Hof lag, durch eine Brenneret und Wirtschaftsgebäude begrenzt, an die sich der Wirtschaftshof anschloß.

Durch eine große Halle trat man auf eine Veranda und von dort in den wohlgepflegten, barockartigen Garten. Man merkte es der ganzen Einrichtung des Hauses und der liebevollen Pflege des Gartens an, daß die Familie Krüger hier schon lange Jahre gewohnt haben mußte. Alles machte einen individuellen Eindruck, als wäre das Gut Eigentum des darauf Wohnenden und nicht nur ein Pachtgut, das man nach Ablauf der Pacht fremden Händen überließ. Alte Familienbilder schmückten die Wände, und die Möbel schienen sich von Generation zu Generation vererbt zu haben.

Auf der Veranda traf Herbert den Oberamtmannt, der bei einer Tasse Kaffee die Zeitungen las.

„Als Herbert eintrat, erhob sich Herr Krüger.“

„Da sind Sie ja, Herr Hammer,“ sprach er mit freundlichem Lächeln, indem er Herbert die Hand reichte. „Doktor Wasmund sagte mir schon, daß Sie wohlankommen.“ Ein bischen blaß sehen Sie noch aus — na, das wird sich auch schon wieder geben. Nehmen Sie Platz — meine Tochter ist mit Fräulein Martini in den Garten gegangen — sie wird sich freuen, Sie begrüßen zu können.“

„Lassen Sie mich Ihnen vor allem für die freundliche Aufnahme, die ich in Ihrem Hause gefunden habe,

danken, Herr Oberamtmannt,“ sagte Herbert, Herrn Krügers Hand festhaltend.

„Keine Ursache, Herr Hammer. Es war ja nur meine Pflicht, Ihnen zu helfen. Weshalb sagten Sie mir vor einem halben Jahre nicht, daß Sie der Sohn des Herrn Hammer aus Hammersau in der Altmark seien? Dann würden wir damals wohl zu einem anderen Resultat gekommen sein.“

Herbert errödete leicht und senkte die Augen.

„Lassen Sie uns offen sprechen, Herr Hammer,“ fuhr der Oberamtmannt fort. „Ich weiß jetzt genug von Ihren Verhältnissen — Sie können sich wohl denken, wer mir die Mitteilungen gemacht hat — um einigermaßen Klar zu sehen. Sie haben sich mit Ihrem Vater übereinsetzt — ich will nicht nach dem Grund dieses Zerwürfnisses fragen, ich weiß, daß Ihr Vater ein etwas merkwürdiger Herr ist — ich glaube, daß er die meiste Schuld trägt — ich will jedoch versuchen, eine Versöhnung zwischen Ihnen und Ihrem Vater zu Stande zu bringen.“

„Ich glaube, Herr Oberamtmannt, daß das ein vergeblicher Versuch sein wird.“

„Wir werden ja sehen. Vor allem dürfen Sie selbst nicht in Ihrem Trost beharren — Sie vergehen mir meine offene Sprache.“

„Gewiß, Herr Oberamtmannt. Aber glauben Sie mir, es ist nicht Trost meinerseits, wenn ich an einer Ausöhnung mit meinem Vater zweifle. Ich bin bereit zu einer solchen — allerdings dürfen mir keine Bedingungen gestellt werden, welche mein Ehrgefühl verletzen.“

„Das versteht sich von selbst. Aber jetzt des Fall, Herr Hammer, die Ausöhnungsversuche schlingen fehl, was wollen Sie dann beginnen? Ich hoffe nicht, daß Sie zu Herrn Bernathy zurückkehren wünschen,“ septe er lächelnd hinzu.

„Nein, das liegt allerdings nicht in meinen Wünschen. Daß ich bei Direktor Bernathy eintrat, lag nur an der absoluten Notwendigkeit, mir meinen Lebensunterhalt verschaffen zu müssen, nachdem meine Versuche, als Verwalter eine Stellung zu finden, fehlschlagen waren. Wenn Sie, Herr Oberamtmannt, mir zu einer solchen Stellung verhelfen wollten.“

„Ich sagte Ihnen schon, daß Sie bei mir als zweiter Verwalter eintreten können.“

Fortsetzung folgt.



Baasche bittet den Redner, nicht auf Einzelheiten einzugehen. Die polnische Sprache ist in Preußen verfehmt. Die ver- langen eine gesetzliche Regelung des Schutzes der ausländi- schen Arbeiter.

Darauf wird die Weiterberatung auf morgen nachmittag 1 Uhr vertagt. — Schluß halb 8 Uhr.

**Berlin, 28. Jan.** Der Reichstagsabgeordnete Sittart (Ztr.) hat an den Reichskanzler folgende Anfrage gerichtet: Infolge der Vorgänge in Jaderen ist das 99. Infanterieregiment aus seiner Garnison in die Baracken von Hagenau- Wisch verlegt worden. Diese Verlegung des ganzen Regiments und insbesondere die Fortdauer der Verleg- ung wird, zumal sie in einen so harten Winter fällt, als eine schwere Strafe empfunden und zwar nicht nur von den Beteiligten, sondern von dem Volk und in erster Linie von den Angehörigen derjenigen Offiziere und Mannschaften des 99. Infanterieregiments, welche keinen Anlaß zu der Verlegung des Regiments gegeben haben. Ich richte an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob und wie lange die bitter empfundene Verstrafung des ganzen Regiments ausge- dehnt werden soll bzw. wann das Regiment wieder seiner früheren oder einer anderen Garnison überwiesen werden wird.

### Aus dem Elsaß.

**w. Straßburg' 28. Jan.**

Die Regierung geht. — Ablehnung der Re- präsentationsgelder.

In der heutigen Kommissionssitzung des Landtags gab auf eine Anfrage des Abg. Hauff Staatssekretär Fehr. Born u. Sulach die Erklärung ab, die Gesamt- regierung von Elsaß-Lothringen habe die Konsequenzen aus den Jaderener Vorfällen gezogen. Eine Entscheidung sei noch nicht ge- troffen worden.

In derselben Sitzung, in der der Staatssekretär diese bedeutsame Erklärung abgab, sind die Repräsentations- gelder des Statthalters, die im Etat mit 200 000 Mark angegeben sind, auf die Hälfte, wie im vorigen Jahr, zu- sammengestrichen worden. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Streichung der ganzen Position, fand keine Mehrheit. Die Sozialdemokratie beantragte auch die Streichung des kaiserlichen Gnadenfonds, für die außer den Sozialdemokraten nur noch zwei Zentrumsleute stimmten, so daß die Streichung auch hier abgelehnt ist.

### Eine grausame Statistik.

Eine eigenartige Statistik hat der Schriftsteller Max Jungnickel aufgestellt. Er notierte sich alle Fälle von Kin- der mißhandlungen, die ihm aus den Zeitungen be- kannt geworden und kam zu folgendem Resultat: Im Jahre 1913 wurden im ganzen Deutschland 10 546 Kinder gemar- tert. Das ist die Summe von Verbrechen, die ans Licht ge- zerrt wurden. Gegenstände, die uns wie treue Rädle lieb und unentbehrlich im Hause sind, spielen in diesen 10 546 kleinen Leben eine schauerhafte Verbrechenrolle: brennende Lampen, Schürhaken, Hämmer, Stiele mit Eisenabsätzen, Kochtöpfe, Stricknadeln, Scheren, Lederriemen, Beile. Mit Stricken, mit Brandblasen und mit Wunden waren die armen Opfer bedeckt.

**Berlin, 28. Jan.** Aus diesen Gegenden des Steintiner Haffs treffen Gesuche um Hilfe ein. So z. B. sind arme Fischerfamilien in dem Dorfe Alwarow von der Flut schwer betroffen. Die Kartoffeln sind fortgepöbelt worden. Zum Frühjahr müssen Saatkartoffeln gekauft werden. Die Vie- sen und Keder sind von der Brandung ausgepöbelt. Die Obst- bäume entwurzelt und fortgerissen worden. Es bedarf vieler Arbeit, vor allen Dingen großer Summen, um die Not der armen Fischer zu lindern. Weitere Gaben sind dringend er- wünscht, und nehmen entgegen die Poststellen der Bureaus des Komitees Berlin NW Alsenstraße 10.

### Ausland.

#### Der Hofverkehr der dänischen Sozialdemokratie.

Aus Kopenhagen, im Januar, wird der „Frankf. Jtg.“ geschrieben: Die Frage, ob der Verkehr von Sozialde- mokraten am Königs Hofe sich mit den Grundätzen dieser Partei verträgt oder nicht, hat dieser Tage wieder Aktualität bekommen, nachdem König Christian X. an sämtliche Mitglieder beider Kammern des Reichstages, auch an die sozialdemokratischen Abgeordneten, Einladungen zum Hof- sonneret und zur königlichen Tafel im Amalienborger Schloß hat ergehen lassen. In Dänemark ist man in bürgerlichen Kreisen gewohnt, die Sozialdemokraten als eine den übrigen Parteien in jeder Beziehung ebensolche Partei zu betrachten. Der König teilt diese Auffassung; gesellschaftlich, bei sport- lichen und anderen Anlässen, ist er nicht selten mit sozial- demokratischen Führern zusammengetroffen, mit denen er — seinem durchaus demokratischen Wesen folgend — sich häu- fig über allerlei Tagesfragen unterhalten hat. Als die poli- tischen Verhältnisse in der Verfassungsfrage sich im leht- vergangenen Sommer zuspitzten, trug König Christian X., als die parlamentarische Konstellation ihm dies anriet, lei- nen Augenblick Bedenken, sich an den Führer der Sozial- demokratie, den Abgeordneten Stauning, wegen der Bil- dung eines sozialdemokratisch-radikalen Kabinetts zu wenden. Andererseits muß freilich betont werden, daß die dänischen Sozialdemokraten durchweg revisionistische Anschauungen und gegenüber dem König stets Rücksicht und Höflichkeit an den Tag gelegt haben. Bis hierher scheuten sich gewisse „Spitzen“ der Partei, die offizielle und repräsentative Stellungen inne- hatten, z. B. die sozialdemokratischen Bürgermeister von Kopenhagen, durchaus nicht, Hofeinladungen Folge zu leisten. Der Verkehr dieser „Genossen“ bei Hofe wurde indessen von einem großen Teil der Partei als bedenklich betrach- tet; die Frage wurde auf einem sozialdemokratischen Partei- tag erörtert und hier in der Weise entschieden, daß grund- sätzlich jeder Verkehr am Hofe allen Sozialdemokraten unter- sagt sein sollte. Vielen sozialdemokratischen Reichstagsab- geordneten mag es aber in dem jetzt vorliegenden Falle unangenehm gewesen sein, dem König abzusagen, zumal es hier um eine offizielle Repräsentation der ganzen sozial- demokratischen Partei neben den übrigen politischen Par- teien des Reichstages handelte. Die sozialdemokratischen Ab- geordneten gelangten aber zu dem Ergebnisse, daß man auch in diesem Falle keinen annehmbaren Grund habe, von dem Parteidiskurs abzuweichen. Demgemäß wurde der Chef des Reichstagsbureaus, der die Einladung überbrachte, er- sucht, dem König im Namen der sozialdemokratischen Ab- geordneten für dieselbe zu danken, gleichzeitig aber dem Kö- nig mitzuteilen, daß man aus Rücksicht auf den Partei- beschluß, der jeden Verkehr der Sozialdemokratie am Hofe verbietet, verhindert sei, der Einladung Folge zu leisten.

### Die Prinzessin Luise von Belgien.

welche über 17 Millionen Schulden verfügt, ist vom belgi- schen Staate abgefunden worden, aber nicht so wie sie es wünschte, auch nicht auf Grund einer rechtlichen Verpflichtung, sondern rein gutwillig. Um weitere Schädigungen des Ansehens des belgischen Königshauses zu verhüten, hat die belgische Regierung den beiden Töchtern König Leopolds, der 16jährigen Prinzessin Luise von Koburg und der Grä- fin Stephanie Louisa aus dem im Credit Lyonnais hinter- legten Nachlaß ihres Vaters je 5 1/2 Millionen Francs zu- gebilligt. Die beiden Prinzessinnen hatten bisher in Er- wartung von Prozentsätzen alle Vergleichsvorschläge des bel- gischen Staates abgelehnt und erklärt, daß sie an Stelle der beanspruchten 60 Millionen hinterlassener Kongowerte, Grundstücke und der Niederfallbacher Stiftung keine geringere Entschädigungssumme annehmen wollen. Aber auch die letzte Instanz hat zu Recht erkannt, daß Leopolds II. Koburger Stiftung in Belgien keine juristische Gültigkeit besitzt, und daß der König über das in den Kongowerten festgelegte Vermögen nicht als sein Privatvermögen ver- fügen durfte. Sieger blieb der Staat. Die Rechtsmittel der Prinzessinnen sind erschöpft: Prinzessin Luise muß nun alles über sich ergehen lassen, was dem belgischen Staate und was ihren Gläubigern gutdünkt. 1 1/2 Millionen der ihr jetzt zugesprochenen Summe werden sofort an die Gläu- biger verteilt. Die 105 Gläubiger aber, denen sie zirka 17 Millionen schuldet, begnügen sich keineswegs mit der Abschlagszahlung. Das peinliche Finanzdrama ist also noch keineswegs zu Ende.

**Port au Prince, 28. Jan.** Bewaffnete Abteilungen amerikanischer Matrosen bewachen die amerikanische Gesand- schaft, das Telegraphenamt und das städtische Krankenhaus. Deutsche Matrosen sind vor den übrigen Gesand- schäften und vor den deutschen Geschäften auf Posten ge- zogen. Gestern hörte man in allen Stadtteilen sorgfältig Ge- wehrfeuer. In der Nacht wurden verschiedentlich Raubver- suche unternommen, die jedoch sämtlich unterdrückt werden konnten. Heute herrscht Ruhe.

**Belgrad, 28. Jan.** Infolge epidemischen Ausbreitens der schwarzen Blattern in Belgrad hat der Minister des Innern die Impfung der gesamten Stadtbevölkerung angeordnet. Bisher sind 90 Personen erkrankt, von denen 30 gestorben sind.

### Württemberg.

#### Dienstnachrichten.

Im Vollmachtsnamen des Königs hat das R. Staats- ministerium am 28. Januar d. J. den Regierungsrat Paul v. Oberamtsvorstand von Nödlingen, auf das erledigte Oberamt Biberach und den Amtmann Dr. Schwamm- berger bei dem Oberamt Urach in gleicher Eigenschaft zu der Stadtdirektion Stuttgart, je ihrem Ansuchen ent- sprechend veretzt, ferner dem Bauwerkmeister und Wasser- bautechniker Götz bei der Straßenaufsichtskommission Künzelsau die erledigte Stelle eines Bauamtsverwalters im Be- zirksdienst der Straßen- und Wasserbauverwaltung und dem zurzeit im Gewerbeaufsichtsdienst verwendeten Paul Ell- wanger die Stelle eines Gewerbeinspektionsgehilfen mit dem Titel eines Gewerbe-Assistenten übertragen, den tit. Eisenbahnbauinspektor Kaufmann bei der Eisenbahnbau- sektion Eplingen zum Eisenbahnbauinspektor des inneren Dienstes bei der Generaldirektion der Staatsbahnen und den Eisenbahnspektat Ekerl in Crailsheim zum Gü- terterritorialverwalter dafelbst befördert, den Bauwerkmeister Kurt zum Bahnmeister in Wehringen ernannt, den Lithograph He- brant bei der Generaldirektion der Staatsbahnen zum tech- nischen Eisenbahnspektat bei dieser Behörde befördert und den Postrat Veil in Tübingen auf Ansuchen unter An- erkennung seiner langjährigen und erspriechlichen Dienste in den Ruhestand veretzt, die dritte evangelische Stadtpfar- stelle an der Stadtkirche in Cannstatt dem zweiten Stadt- pfarrer Engel in Herrenberg, die zweite evangelische Pfar- stelle in Eningen, Amtsbezirks Stuttgart, dem Pfar- rer Widmann in Böhringen, Dekanats Urach, und die evan- gelische Pfarrei Nechenberg, Dekanats Crailsheim, dem Stadt- vikar Adolf Kitzmann in Crailsheim, die Stelle eines etatsmäßigen Assessors bei dem Steuerkollegium Abteilung für direkte Steuern dem Finanzamtmann Bollacher da- selbst mit dem Titel Oberfinanzamtmann und die Finanz- amtmanntstelle bei dem Kameralamt Heidenheim dem Fi- nanzassessor Bäuerle bei dem Steuerkollegium Abteilung für Zölle und indirekte Steuern übertragen.

### Württembergischer Landtag.

ob. Stuttgart, 28. Januar.

Präsident v. Kraut eröffnet die Sitzung 9 1/2 Uhr. Im Einlaß befindet sich eine Anfrage der Abg. Haag (Ztr.) und Gen. betreffend gesetzliche Maßnahmen gegen den Malzwein. Vizepräsident v. Kiene (Z.) und der Abg. Kaufmann (Zp.) erhalten den Rechenschaftsbericht des Ständischen Aus- schusses. Ein Widerspruch wird nicht erhoben.

Man kommt sodann zu den Anträgen des Volkswirt- schaftlichen Ausschusses zu verschiedenen Eisenbahnein- gaben und der Denkschrift der Regierung über die Er- richtung der Heidenheimer Alb. Senngott (Zp.) berichtet über den Antrag des Ausschusses: Die Bitte der Gemeinde Altsigmund um Erbauung einer normal- spurigen Stichbahn Aalen-Abtszmünd zur Berücksichtigung zu übergeben. Rembold-Aalen (Ztr.) spricht seine Verur- tung über den Ansuchen an. Die Bahn werde mit 0,47 Proz. zwar nicht rentabel werden, aber die Regierung habe selbst früher ausgesprochen, daß bei dem Bau von Neben- bahnen nicht das volkswirtschaftliche Moment ausschlag- gebend sein müsse. Für die Bahn sprechen sich Abgeordnete aller Parteien an, Ministerpräsident v. Weizsäcker erklärt, er sehe keinen Grund, von der Erwägung zur Berücksichtigung abzugeben, doch stehe er der Sache neutral gegenüber. Er hält die Bahn nicht für eine solche, die absolut zu bauen unwürdig sei, für absehbare Zeit werde sie aber noch hinter anderen Projekten zurückstehen müssen. Die Anträge des Aus- schusses werden angenommen.

Der Abg. (Zp.) berichtet über folgende Anträge des Aus- schusses:

- a) Die Bitte der Stadtgemeinde Heidenheim etc. um Fortsetzung der Altbahn Amstetten-Verstetten nach Ver- brechtungen und Heidenheim der Regierung zur Be- rücksichtigung zu übergeben.
- b) Die Eingabe der Gemeindefolkgenossen von Giengen a. Br. betreffend Erbauung einer Altbahn Verstetten-Ver- brechtungen der Regierung zur Kenntnisnahme zu über- geben.
- c) Die Bitte der Gemeinden Steinheim a. Nalsbuch, Sont- heim a. Br. etc. um Weiterführung der Bahn von Weichenheim nach Heidenheim der Regierung wiederholt zur Erwägung zu übergeben.

2. Die Denkschrift über die Errichtung der Heidenheimer Alb. hiermit zur erledigt zu erklären.

Vizepräsident v. Kiene spricht für den Bau der Bahn Altsigmund-Heidenheim, die der Bahn Verstetten-Verbrech- tungen vorzuziehen sei. Er und die Abgeordneten Hor- nung und Dietrich (Zp.) stellen einen Antrag, den Bau der Linie Altsigmund-Heidenheim zur Berücksichtigung zu übergeben. Rübting (Ztr.) unterstützt den Antrag, em- pfiehlt aber vor allem die Strecke Verstetten-Verbrechtungen im Interesse der Münstinger Alb zur Berücksichtigung. Minister- präsident v. Weizsäcker empfiehlt vor allem die Strecke Verstetten-Verbrechtungen, da diese an eine bestehende Stich- bahn anschließt. Das Resultat der Untersuchungen über die Errichtung der Heidenheimer Alb sei unerwartet nieder- drückend gewesen. Man dürfe nicht unbedingt auf eine spätere Besserung hoffen, denn die Erfahrung habe gezeigt, daß manche der bestehenden Stichbahnen sich verschlechtern. Die Anträge 1 a und 1 b werden angenommen, der erstere gegen die Stimmen des Zentrums und eines Teils der Sozialdemo- kratie. Der 30. Antrag wird gegen die Stimmen der Volks- partei und Deutschen Partei angenommen. Damit ist der Antrag 1 c erledigt. Der Antrag 2 wird angenommen.

Rübting (Ztr.) berichtet über die Eingabe von Göpp- lingen zur Erbauung einer normalspurigen Nebenbahn von Göppingen nach Boll. Der Ausschuss beantragt Berücksichtigung. Es sprechen die Abg. Kied (Zp.) und Körner (Ztr.), Kägele (Zp.) für den Antrag, während Ministerpräsident von Weizsäcker erklärt, daß er mit Rücksicht auf die noch nicht erfolgte nähere Prüfung des Wallersteinischen Projekts vorläufig keine endgültige Stellung nehmen könne. Der Aus- schußantrag wird angenommen. Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag vormittag 9 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung.

### Die Erste Kammer

begann Mittwoch Vormittag mit ihren Sitzungen. Der Prä- sident Fürst Hohenlohe-Wartenstein sprach die Er- wartung aus, daß trotz der Fülle der Arbeiten die Berat- ungen bis zum Beginn des Sommers zu Ende kommen werden. Hierauf wird das neue Mitglied Defonzierat Ad- lung vereidigt. Das Haus tritt dann in die Beratung des Gebäudebrand-Versicherungsgesetzes ein. Der Minister des Innern v. Kleischauer leitete sie mit einer Rede über die Entstehung des Entwurfes und seines Ver- hältnisses zur Reichsversicherung ein. Die Einzelberatung wurde bis Artikel 6 gefördert. Nächste Sitzung morgen Vormittag; Fortsetzung.

### Das Einschreiten der Militärgewalt.

Auf die Anträge von Gauß (Fortschritt. Zp.) und Kiene (Z.) wegen des Einschreitens des Militärs bei inneren Unruhen haben der Minister des Innern und der Kriegsminister folgende Antwort gegeben:

Die gesetzlichen Grundlagen für ein Einschreiten des Mi- litärs bei inneren Unruhen bilden in Württemberg die Bestimmungen des Art. 1 und Art. 3 Abs. 1, 3 bis 5 des Gesetzes vom 28. August 1849 betreffend das Verfahren bei dem Angebot der bewaffneten Macht bei Zusammen- zungen und Aufruhr. Danach darf ein solches Ein- greifen nur nach vorangegangener Auffor- derung der Zivilbehörden erfolgen. Die preussische Kabinettsorder vom Jahre 1820 ist in Württemberg nicht zur Einführung gelangt. Anlässlich der auf Grund des Ar- tikels 10 der Militärkonvention vom 21. bezw. 25. Novem- ber 1870 erfolgten Einführung des preussischen Gesetzes über den Waffengebrauch des Militärs vom 20. März 1837 und der königlich preussischen Verordnung betr. Ausreiter- haltung der öffentlichen Ordnung und der dem Gesetz schul- digen Achtung vom 17. August 1835 haben jederzeit die be- teiligten württembergischen Ministerien die Frage einer Prü- fung unterzogen, welche Änderung das württembergische Ge- setz vom 28. August 1849 durch die erwähnten preussischen Bestimmungen erfahren hat. Diese Prüfung ergab, abge- sehen von Veränderungen des Artikels 3 Absatz 1, die jenes Gesetz durch die Anhebung der Bürgerwehr erfahren hatte, daß die dort angeführten Vorschriften des Gesetzes vom 28. August 1849 unberührt geblieben sind. Schon im Jahre 1893 ist eine der gesetzlichen Bestimmungen zusammenfassende An- wendung an die Kreisregierungen und die Oberämter, ebenso eine solche Instruktion für das königlich württem- bergische Armeekorps ergangen. Hierdurch sind die Or- gane beider Departements fortlaufend über die Rechtslage unterrichtet.

### Submissionswesen und Städte.

Die Oberbürgermeister von Stuttgart, Heilbronn, Reut- lingen haben im Namen der Stadtvorstände der großen und mittleren Städte Württembergs beim Landtag eine Eingabe zum Submissionswesen eingebracht, wonach es eigentümlich bedärfte, daß zwar alle anderen Interessenten, nicht aber auch die Gemeinden vor der Einbringung des Besetzungswurfs ge- hört werden sollen, deren Interesse an den einschlägigen Fragen doch auf der Hand liege. Es sei unrichtig, daß gerade bei ihnen jede Regelung des Submissionswesens fehle. Die Zahl der begründeten Beschwerden aus dem Gebiete des Besetzungswesens sei außerordentlich gering und werde sich nach Einführung der Besetzungsordnungen noch weiter ver- ringern. Ein Bedürfnis nach gesetzlicher Regelung dieser Materie gegenüber den Gemeinden bestehe in keiner Weise, viel weniger jedenfalls als gegenüber den staatlichen Behörden. Noch mehr verbiete sich eine zwar den Gemeinden, nicht aber den Staat bindende Regelung durch eine bloße Abänderung der Gemeindeordnung und Erweiterung auf die jeweils für die staatlichen Behörden geltenden Bestimmungen, deren Ab- änderung dem Willen der Ministerien überlassen wäre, ohne daß den gesetzgebenden Körperschaften ein unmittelbarer Ein- fluß zuläme. Von einer die Gemeinden bindenden Regelung des Besetzungswesens möge daher Abstand genommen werden.

### Groß-Stuttgart als Arbeitsort.

Als weitaus nächster Arbeitsort bildet Groß-Stuttgart auch in dieser Hinsicht den Landesmittelpunkt. Aus sämtlichen 16 übrigen Bezirken des Neckarstromes, aus 14 des Schwarz- waldkreises, 9 des Jagst- und 7 des Donautales, als aus 46 der übrigen 63 Oberämter pendeln, und zwar im ganzen aus 341 Gemeinden, Menschen nach Stuttgart hin und zurück. Der wirtschaftliche Banntreis greift, wie Oberfinanzrat Dr. Lohr in seiner Arbeit über die Volkszählung von 1910 sagt, mächtig aus. Die Entfernungen vom Mittelpunkt bemessen sich bei der vorliegenden Erscheinung weber nach Luftlinien noch nach Wegstrecken, sondern nach Kosten- und Zeitpunktmis- sionen. Eine nähere Prüfung der Stuttgarter Zentren scheint in der Tat zu ergeben, daß nicht etwa nur das Strahlenförmig nach den verschiedenen Seiten hin sich ausbreitende Eisen- bahnen, Straßenbahnen, Automobilwege, sondern auch die Ge- staltung der Fahrpläne, der Fahrzeiten und der Beförderungs- kosten für den Arbeitsortstand von einschließendem Einfluß sind. Von den 341 Gemeinden, welche Stuttgart mit menschlichen Arbeitskräften versorgen, sind 85, welche 20 und mehr in





Stuttgart arbeitende Personen aufweisen. Daß die unmittelbaren Umgebungen im Vordergrund stehen, ist naturgemäß. Juffenhäuser 1222, Feuerbach 1218, Botnang 1143, Münster 939, Eßlingen 794, Mähringen 627, Zellbach 617, Balingen-Fildler 410, Kallental 329, Heßlingen 314, Wailingen 290, Obertrübenheim 284, Ludwigsburg 275, Reubach 261, Weil im Dorf 255, Rohrer 226, Mohr 225, Sillenbuch 214, Döten 176, Plattenhardt 155, Birlach 153, Böblingen 144, Escherhingen 143, Bernhausen 132, Bonlanden 128, Eßlingen 127, Kemnat, Disingen und Gerlingen je 126, Schmiden 116, Leinfelden 115, Wollschlugen 114, Denkendorf 109, Uhlbach 100 Arbeiter in die Hauptstadt. 34 Gemeinden liefern somit 100 und mehr Arbeiter. 15 307 Arbeiter, worunter 12 504 männlich und 2798 weiblich, pendeln von auswärts herein, wogegen Stuttgart nur 737, worunter 72 weiblich, nach auswärts abgeht. Vor zehn Jahren, anno 1900, waren es nur 7711 Herinpendler und 621 Hinauspendler. Die Anziehungskraft der Großstadt als Arbeitsboden hat sich sonach verdoppelt, wobei der Binnenarbeiterverkehr zwischen Stuttgart und den nach 1900 eingemeindeten Orten Cannstatt, Gaisburg, Untertürkheim, Wangen und Degerloch in Berücksichtigung genommen wurde.

**Weinberg.** 29. Jan. Das Ausschreiben der durch Seufserhelds Ableben freigewordenen Ortsvorsteherstelle wird in den nächsten Tagen erfolgen. Als Tag der Wahl hat das Oberamt Samsstag den 28. Februar vorgeschlagen und der Gemeinderat hat in seiner heutigen Sitzung diesem Termin zugestimmt.

**Dörschburg.** 27. Jan. Die hiesige Gemeinde, hart an der badischen Grenze gelegen, kämpft schon seit vielen Jahren um einen Durchgangsverkehr vom württembergischen Gebiet ins badische, um Fortleitung der Straße Reudron-Dörschburg nach Mühlbach und Eppingen. Nachdem schon verschiedene Straßenbaupläne gescheitert sind, wurden im letzten Jahre von der Gemeinde Mühlbach unter ihrem rührigen Bürgermeister Verhandlungen betr. Straßenbau mit der Gemeinde Dörschburg angeknüpft. Die Gemeinde D. steht diesem Plane sympathisch gegenüber. Ein Durchgangsverkehr wäre für sie von großem Vorteil, denn ein großer Teil der D. Frucht wird nach Eppingen verkauft, auch der Eppinger Schweinemarkt wird von hier aus viel besucht. Es wäre daher wünschenswert, wenn die Straße gebaut würde. Die Gemeinde M. hat auch in der letzten Zeit die sog. „Schleife“ machen lassen, so daß in der Bälde die Straße von den Technikern begangen und mit der Ausarbeitung der Pläne begonnen werden kann.

**Gochsen.** 28. Jan. Die Bewerber um die Ortsvorsteherstelle haben sich nunmehr den Wählern vorgestellt. Es waren die Kandidaten Benz aus Schmatheim, Huber von Kochendorf und Fischer von Gochsen. Drei weiteren Bewerbern wurden die Meldungen zurückgegeben. Der jetzige Schultheißenamtsverweser Ehrhardt ist ebenfalls als Bewerber aufgetreten.

**Brackenheim.** 28. Jan. In Frauenzimmern wurde der Verbrecher Gutzjahr aus Lauffen a. N. in einer Rauchlampe erstickt und nach heftiger Gegenwehr festgenommen. Der langgestrichelte Verbrecher ist jetzt ins hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden.

**Göppingen.** 29. Jan. Der Verleger der Göppinger Zeitung, Gustav Löcherer, bekam am Dienstagabend bei der Kaisers-Geburtsfeier der Nationalliberalen Partei während der Rede des Redaktors Merkle einen Schlaganfall, dem er heute erlegen ist.

**Göppingen.** 28. Jan. Obwohl die Ministerialabteilung für höhere Schulen der Wahl des Oberreallehrers Knöll-Bangemann zum Oberreallehrer an der höheren Mädchenschule die Befähigung zum zweitenmal verweigert hat, weil Knöll nicht aus dem höheren Schuldienst hervorgeht, wurde in der heutigen Gemeinderatsitzung Knöll zum drittenmal gewählt.

**Urach.** 28. Jan. Das Eisenbahnkomitee Urach-Münsingen hat dem Landtag einen 3. Nachtrag zu seiner Bitte um Fortführung der Eisenbahn von Urach nach Münsingen vorgelegt und eine sachverständige Aeusßerung des früheren Kommandanten des Truppenübungsplatzes z. D. Frhr. v. Hügel, sowie eine Entgegnung auf die Eingabe des Reutlinger Eisenbahnkomitees beigegeben.

## Nah und Fern.

### Im Streit um alte Bilder erschlagen.

w. Vöberach, 29. Januar.

Der 63 Jahre alte Privatier und Altertumsforscher Karl Baur ist heute früh im Hofe seines Hauses Brömenstraße Nr. 35 plötzlich mit dem Tode eingend aufgefunden worden. Nachbarn waren durch Disseruse aufmerksam geworden. Baur hatte drei Revolverpistolen und sechs Messer sich erhalten. Sowie bis jetzt festgestellt werden konnte, empfing Baur gestern abend den Besuch eines Holzhausers namens Herberts aus Gebräuhofen, der zwei alte Bilder zum Verkaufe anbot. Als Baur den Ankauf verweigerte kam es zu einem Streit, wobei Herberts wie während auf Baur schoß und einschlief. Dieser floh aus dem Hause und besaß noch die Giftesgegenwart, die Bruststürze hinter sich zu schließen, so daß Herberts eingesperrt war. Als man das Haus öffnete, fand man den Holzhauser tot in einem Lehnstuhl liegen, er hatte sich eine Kugel in den Kopf gejagt. Baur wurde ins Krankenhaus überführt, wo er nach einigen Angaben machen konnte, dann ist er seinen schweren Verletzungen erlegen.

### Neues Großfeuer in Niefern.

Niefern, 28. Jan. Wir kommen aus der Aufregung nicht heraus. Heute nacht drei Uhr brannte es abermals und zwar in den vom Feuer einigermaßen verschont gebliebenen Gebäuden der Papierfabrik von Bohnenberger u. Co., auf der rechten Seite des Behrlanals (die vorher abgebrannten Gebäude liegen auf der linken Seite.) Die ganze Einwohnerschaft von Niefern war alsbald in Bewegung und in allen Häusern wurde Licht gemacht. Das Feuer war in dem Turbinenhaus ausgebrochen, das schon vorgestern ein wenig Feuer gelassen hatte. In der heutigen Nacht war nun trotz der Feuerwache das Feuer voll zum Ausbruch gekommen; trotz aller Anstrengungen wurde das Turbinenhaus samt den darin befindlichen Turbinen von dem verheerenden Element vernichtet, ebenso das angebaut Wasserreservoir mit den Pumpen, wodurch ein neuer Schaden von 40-50 000 Mark entstand. An Nähe konnte noch das Wohnhaus des Fabrikführers Rühner gerettet werden, außerdem stehen auf der rechten Seite von dem einst so großen Anwesen noch die Wohngebäude des Besitzers und der Beamten und ferner die Streicher- und ein Kochergebäude. Die Untersuchung über die Ursache des ersten Brandes von vorgestern hat noch nichtig Bestimmtes ergeben; die vernommenen Italiener mußten wieder entlassen werden, weil sie ihr Alibi während des Brandes nachweisen konnten.

### Das Theater ohne Zuschauer.

Im Halberstädter Stadttheater mußte die vorgesehene Abendvorstellung ausfallen, da nur vier Eintrittskarten verkauft waren. Eine ähnliche Nachricht kam unlängst aus Kassel, wo zu einer von Direktor Norden arrangierten Premiere außer den Kritikern bloß acht Personen gekommen waren. Daß im ersten Schauspielhaus von Frankfurt eine Reingenieuerung von „Heinrich IV.“ eine Einnahme von etwas über 200 Mark brachte, ist ebenfalls bekannt. Es dürften in dem personereichen Shakespeare'schen Drama mehr Personen aufgetreten sein, als vorne im Zuschauerraum. Die Leute, die in manchen kleinen Städten das Theater besuchen, werden immer rarer. Mit der Zeit wird jemand, der in Halberstadt das Theater besucht, als Sonderling angesehen werden, der wie König Ludwig II. in nächtlicher Einsamkeit Kunst genossen will.

### Ein graufiger Unfall.

In Esmanitz im Kreise Ovar (Portugal) brach in einem Saale in dem Augenblick, als man einen Sarg fortzuschaffen wollte, der Fußboden ein. Dabei stürzten etwa 50 Personen, zum größten Teil Frauen und Kinder, in das darunter befindliche Stodwerk. Der Sarg und die Personen wurden mit großer Mühe geborgen. Mehrere Personen sind verletzt worden.

### Neue Nachrichten.

In Nizza ist auf der im Bau befindlichen Straße Nizza-Cuneo im Tunnel durch den Col de Braus eine Mine zu früh explodiert. Dabei wurden drei Arbeiter getötet und 2 schwer verletzt.

Infolge vulkanischer Ausbrüche hat sich in einer Entfernung von acht Kilometer von den Bonininseln (Japan) eine neue Insel gebildet.

In Tokio sind bei einer Brandkatastrophe in einem japanischen Kiotheater im ganzen 68 Kinder, 16 Frauen und ein Mann umgekommen. Zehn Personen wurden verletzt.

## Gerichtssaal.

**Ellwangen.** 26. Jan. Der 68 Jahre alte Schultheiß Johann Zundel von Trugenhofen O. Keresheim wurde vom Schwurgericht wegen Aenderung im Protokollbuch über amtliche Schätzungen des Schultheißenamts Trugenhofen mit 1 Monat Gefängnis bestraft. Die Geschworenen hatten verneint, daß die Aenderung in der Absicht geschah, sich oder einem anderen einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen.

**Ulm.** 29. Jan. Das Schwurgericht verurteilte gestern den 35 Jahre alten Landwirt Karl Reid, der am 17. November v. J. auf seinem Gutshofe Waldsee bei Göppingen seine Frau, mit der er keine glückliche Ehe lebte, durch einen Schrotschuß in die Schläfe getötet hat, wegen Totschlags unter Jubelstimmung mildegender Umstände zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

## Bermischtes.

### Wie es einem Kinophotographen im Balkankriege erging.

In welcher verzwickten Lage ein Kinophotograph kommen kann, das zeigte ein Proseß, der zurzeit in London zur Verhandlung gelangt. Ein englischer Angestellter einer großen französischen Filmfabrik hat ihn wegen Gehaltsdifferenzen gegen die Firma angestrengt, für die er im Balkankriege als Kinophotograph tätig war. Im Laufe der Verhandlung erzählte der Kläger die folgende ergötzliche Episode aus seiner Berufstätigkeit auf dem Kriegsschauplatz. Mitten in eifriger Tätigkeit hatte ihn eine türkische Patrouille gefangen genommen, und ihn im Triumph ins türkische Lager gebracht, wo er alsbald einem dicken türkischen Offizier mit langen Augenbrauen und wallendem Vollbart vorgeführt wurde. Der inspierte das Gepäck des verunglückten Kinophotographen mit kritischem Auge, und besonderes Interesse erregte der ungefähr 800 Meter lange Film. Was konnte dieses Teufelswerk anders enthalten als verrätene Kriegsgeheimnisse! Und so wollte er denn selbst auf der Stelle den langen Bandwurm vernichten, um das Vaterland vor Unheil zu bewahren. Flugs zündete er ein Streichholz an, hielt es an den Film, von dessen Feuergefährlichkeit er keine Ahnung hatte, in demselben Augenblick schoß eine Feuergerbe in die Höhe. Das wäre nun ja weiter nicht schlimm gewesen, wenn dabei nicht der wallende Vollbart, die schönen Augenbrauen und das prächtige Kopshaar mit in die Winsen gegangen wäre. Das brachte den tapferen Sohn Mohammeds so in Harnisch, daß er wutschnaubend den Befehl gab, den unglücklichen Kinophotographen auf der Stelle zu erschließen. Stand es doch bei ihm fest, daß der Teufel da seine Hand im Spiele haben mußte! Da er selbst zu arg verletzt war, um der Exekution beizuwohnen, gab er dem Patrouillenführer, der das Bild eingebracht hatte, den Befehl, den Gefangenen aufs Feld hinauszuführen und ihn dort durch Pulver und Blei vom Leben zum Tode zu befördern. Aber da der Dacktschisch nun einmal eine verlockende Sache ist, und ein echtes Türkenherz ihm nimmer widerstehen kann, so gelang es dem Todesabdiuten, den Patrouillenführer durch einen klingenden Handdruck milde zu stimmen. Man kam nach einem Parlamentieren überein, daß die Soldaten über den Kopf des Delinquenten hinweg feuern sollten. So geschah es auch, und dann machte sich der Kinophotograph eiligst aus dem Staube. Die Soldaten aber schaukelten sein Grab, um sich den Rücken rein zu halten. Denn der wütende Offizier würde, sobald er sich vom Schreden erholt hatte, seine Schritte zur Nichtstätte zu lenken, um dort über dem Grab des Attentäters dreimal auszuspuhen. Das ist nur eines der gefährlichen Abenteuer, die der Kinophotograph zu bestehen hatte.

### Der hochgeplagte König Konstantin.

Der französische Schriftsteller Henry Bordeaux, der zurzeit auf einer Studienreise durch Griechenland begriffen ist, erzählt in einer Pariser Zeitung die nachfolgende ergötzliche Geschichte, die er in Athen gehört hat. Es ist bekannt, daß König Konstantin von Griechenland im letzten Balkankrieg alle Beschwerden und Leiden seiner Soldaten teilte. Wie diese war auch der König gezwungen, in erbärmlichen Hütten, die des Notwendigsten ermangelten, Quartier zu beziehen und am eigenen Leibe Erfahrungen zu machen, die Keinem erspart blieben. Als er eines Tages von einer Truppeninspektion im Automobil nach dem Hauptquartier zurückkehrte, begegnete er einem Soldaten,

der humpelnd seines Beiges zog. Er ließ das Auto halten, und zwischen dem König und dem Soldaten entspann sich die folgende Unterhaltung: „Wohin gehst Du?“ — „Nach der Stadt, man hat mich zurückgeschickt.“ — „Weshalb?“ — „Ich war schon im Kriege gegen die Türken verwundet worden. Ich hielt mich aber für geheilt und zog ins Feld. Aber meine alte Wunde ist jetzt wieder aufgebrochen, und deshalb hat man mich ins Lazarett geschickt.“ — „Steig zu mir in den Wagen!“ — „Kein Majestä!“ — „Vorwärts, steig ein und mach keine Geschichten.“ — „Es ist ganz unmöglich.“ — „Ja, weshalb denn?“ — „Ich habe nämlich...“ (Und hier nannte der Soldat den Namen jenes blutigeren Tierchens, das den Leuten in den Quartieren die Hölle heiß machte). „Die hab ich auch“, beruhigte der König den Reinglücklichen, „das braucht Dich nicht zu hindern, mit uns zu fahren.“

### Eine billige Kraftquelle.

Wie man die überschüssige Kraft beim Deffnen der Tür verwertet.

Jahrhunderte diente die Tür ausschließlich dem Zwecke, eine Trennung und zugleich wieder die Verbindung zwischen zwei Räumen herzustellen. Erst der neuesten Zeit blieb es vorbehalten, ihr noch eine weitere Rolle zuzuwenden. In dem Bestreben, jede überhaupt vorhandene Kraft aufs Neueste auszunutzen und jeder Kraftvergeudung vorzubeugen. Um eine Tür zu öffnen und zu schließen ist eine gewisse Menge von Kraft nötig. Beobachtet man jedoch, wie das Deffnen und Schließen vor sich geht, so bemerkt man bald, daß in allen Fällen das Maß der hierzu absolut nötigen Kraft beträchtlich überschritten wird. Außerdem verfügt jeder Mensch über mehr Kraft, als zum Deffnen oder Schließen einer Tür benötigt wird, und die nebenbei auszunutzen, sich unter Umständen lohnen kann. Derartige Ueberlegungen waren es, wie Dr. Albert Neuburger in der „Bauwelt“ ausführt, die nunmehr zu verschiedenen Konstruktionen geführt haben, deren Zweck es ist, den Vorgang des Türöffnens bezw. Schließens mit dem Zwang zur Leistung nutzbringender Arbeit zu verbinden. So hat sich z. B. in einem Bortort bei Berlin ein Villenbesitzer, dem die Kosten des Wasserzinses für das zum Sprengen des Gartens notwendige Wasser zu hoch wurden, folgende Einrichtung geschaffen: Er verband die Gartentür durch einen Schmutzlauf und ein Hebelwerk mit einer Pumpvorrichtung, durch die aus dem Boden Grundwasser herausgeholt und auf eine bestimmte Höhe befördert werden kann. Hier wird es in einem Behälter gesammelt, von wo es den Zapfhähnen zuströmt, an die die Bewässerungsschläuche angebracht werden. Die Tür geht freilich etwas hart, muß doch, um das Wasser entsprechend zu heben, eine ziemliche Kraft aufgewendet werden. Aber alle, die durch diese Gartentür hindurchgehen, haben keine Ahnung, welche nützliche Arbeit sie damit dem Besitzer leisten. Nun ist auch das Wasserquantum, das beim einmaligen Deffnen der Tür gefördert werden kann, kein sehr großes. Bei lebhaftem Verkehre genügt es aber, um während der Frühlings- und Sommermonate einen ziemlichen Teil des täglichen Bedarfs zu decken. Den Rest liefert der während des Herbstes und Winters im Reservoir aufgespeicherte, beträchtliche Vorrat, der während dieser ganzen Zeit, in der ja nicht gesprengt wird, sich allmählich dort ansammelt. Jedenfalls fährt der Villenbesitzer bei dieser Anordnung billiger, als wenn er den Wasserwerken die gleiche Menge Wasser bezahlen müßte. Ob die verschiedenen Besucher des Hauses, die durch die Gartentür hindurchgehen, damit einverstanden sein würden, ständig umsonst Arbeit zu leisten, ist eine Frage für sich. Solange sie aber von dieser ihrer Leistung keine Ahnung haben, wird die Frage ja nicht fürnächst. Ein anderer geschäftskluger Kopf hat sich bei der Ausnützung der Türbewegung den Umständen zunutze gemacht, daß so vielfach das Aufziehen der Uhren vergessen wird. Er hat deshalb eine Vorrichtung geschaffen, durch die beim jedesmaligen Deffnen einer Tür auch ein Aufziehen einer oder mehrerer Uhren stattfindet, jedoch man sich in dem betreffenden Hause darum überhaupt nicht zu kümmern braucht. Es leuchtet ein, daß die Ausnützung des Türöffnens und Türschließens eine außerordentlich vielseitige und große sein kann und sich nach mancherlei Richtung hin ausgestalten läßt. Jedenfalls ist ferner damit ein Gebiet erschlossen, das bislang nur noch wenig ausgebeutet wurde, nämlich die Kupbarmachung der überschüssigen Kraft, die wir bei der Verrichtung der täglichen Lebensnotwendigkeiten vergeuden.

### Wie man lästige Besuche los wird.

Bekanntlich pflegte Bismard Besucher, die seine Zeit allzulange in Anspruch nahmen, dadurch zum Aufbruch zu drängen, daß er, im Einvernehmen mit seiner Frau, sich von dieser durch die Meldung abruhen ließ, daß seine Majestät ihn sofort im Schlosse zu sprechen wünsche. Dieses sinnreiche Verfahren, allzu gesprächige Besucher zu verabschieden, hat sich auch ein Mitglied des französischen Ministeriums Doumergue zu eigen gemacht. Es hat seinen Privatsekretär zu dem Zweck dahin instruiert, daß er, wenn das Gespräch zehn Minuten gedauert hat, sein Zimmer mit den Worten betritt: „Der Minister, der Ministerpräsident bittet Sie auf der Stelle nach Toulouse abzureisen, um dort die Regierung zu vertreten.“ Um der Sache erhöhten Nachdruck zu geben, erscheint dann noch ein Diener mit dem Koffer in der Hand, um die Besuche seiner Erzelenz entgegenzunehmen. Diejem Verfahren gegenüber hielt auch der hartnäckigste Besucher nicht stand, und der Privatsekretär hatte bis hierher mit seiner List noch immer den besten Erfolg erzielt. Kürzlich aber gelang die Sache vorbei, und der meldeude Privatsekretär wurde zu seinem Schreden von dem Minister mit herzlichem Gelächter begrüßt, in das auch die Person, die in seinem Zimmer weilte, einstimme. Der Besucher war nämlich kein anderer als Herr Doumergue, der Ministerpräsident in eigener Person, in dessen angeblichem Auftrage der Privatsekretär seine Meldung erstattete.

## Handel und Volkswirtschaft.

### Von der Schwarzwälder Uhrenindustrie.

Vom Verband der Uhrenindustrie und der verwandten Gewerbe des Schwarzwaldes wird geschrieben: Durch verschiedene Zeitungen gingen kürzlich Berichte, die die augenblickliche Lage der Schwarzwälder Uhrenindustrie in sehr trübem Lichte erscheinen ließen. Demgegenüber sei festgestellt, daß wenn die Beschäftigung dieser Industrie zur Zeit im Durchschnitt auch etwas schwach sein mag, vielleicht sogar noch etwas schwächer, als sie sonst zu Beginn des Jahres — nach Ablauf der Weihnachtsaison — ohnehin zu sein pflegt, doch keineswegs ein so besonders hohes, etwa irgendwelche Besorgnisse rechtfertigender Grad von Beschäftigungsmangel besteht und daß zu hoffen ist, daß die Beschäftigung bald wieder eine volle sein wird. Einzelne Fabriken haben auch jetzt durchaus genügend zu tun.



Wildbad, den 30. Januar.

\* Kaiser-Geburts-tags-Feier. Am Dienstag abend beging im Schwarzwald-Hotel der hiesige Turnverein seine Kaiser-Geburts-tags-Feier. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Kallfass, würdigte in einer längeren Ansprache unsern Kaiser als Friedenskaiser, seine großen Verdienste um das Aufblühen von Handel und Industrie und seine Besorgtheit um das Wohlergehen seines Volkes. Auch über das Turnen, so fährt Redner weiter aus, habe sich der Kaiser anlässlich seiner Anwesenheit in München lobend und anerkennd ausgesprochen und die gesundheitlichen Wirkungen des Turnens auf den Körper anerkannt und sich somit zu einem Förderer der Turnfrage bekannt. Verhast zu bedauern aber sei es, daß hier keine allgemeine Kaiserfeier veranstaltet sei, getragen von allen Schichten der Bevölkerung. Seine Ansprache klang aus in ein dreifaches Kaiserhoch, in das kräftig eingestimmt wurde. Hieran schloß sich das Singen des Liedes „Heil Kaiser, hurra!“ Jetzt ergriff Herr Gittel das Wort und gedachte auch in kurzen Worten der Kaiserin als Gattin und Landesmutter und klang auch seine Ansprache in ein Hoch aus. Die Zwischenpausen wurden aufs beste durch Gesangsvorträge seitens der Sängerriege und eines Quartetts ausgefüllt. Herr Wilhelm Schmid brachte sodann ein Hoch aus auf das fernere Blühen, Wachsen und Gedeihen des Vereins. Zum Schluß gedachte noch Herr G. Hofmann unseres engeren Landesvaters, König Wilhelm II., und brachte auch ihm ein Hoch dar. Bei Bier und Wein blieben die Mitglieder noch lange beisammen und trennte sich mancher mit schweren Herzen, als für ihn die Stunde zum Aufbruch geschlagen hatte.

\* Schwäbischer Schneeschuhbund. Die andauernd günstigen Schneesverhältnisse ermdigten es, den Bundeswettkampf am Samstag, 31. Jan. und Sonntag, 1. Febr. bei Baiersbrunn auszutragen. Am Samstag nachm. 1 Uhr sammelte sich die Teilnehmer am großen und kleinen Langlauf am Rathaus in Freudenstadt. Am Sonntag verkehrt ein Sonderzug ab Stuttgart 5 25 Uhr morgens, Baiersbrunn an 8 24 Uhr. Um 9 Uhr beginnt dann bei Baiersbrunn der Kunstlauf, dem sich anschließen Damenlauf, Schülerlauf, kleiner und großer Sprunglauf. Gleichzeitig wird auch die Meisterschaft von Schwaben ausgetragen. Der Sonderzug verläßt Baiersbrunn 6 55 Uhr abends und trifft in Stuttgart 9 51 ein.

### Hörten Sie schon?

Humoristische Wochenrundschau von Gottlieb von der Enz  
In der Zeit der Rappensfeste,  
Die vom Prinzen Karneval  
Eingerichtet, ist das beste,  
Wenn dabei man jedesmal.

Wildbad.

### Bekanntmachung, betreffend das polizeiliche Meldewesen.

Nachstehend werden die mit Wirkung vom 1. Januar 1914 geltenden Bestimmungen der Min.-Verf. vom 20. Dezember 1913 — Meldepolizeiordnung — zur genaueren Beachtung bekannt gegeben:

#### Meldepflicht.

1. Jede Wohnungsänderung einer Person ist der Ortspolizeibehörde bei Ortswechsel den Behörden der beiden in Betracht kommenden Gemeinden, unter Verwendung der vorgeschriebenen Vorbrudrücke schriftlich zu melden.
2. Von Personen, die aus einer anderen Gemeinde anziehen, ist dabei eine Bescheinigung über ihre Abmeldung von dort und auf Verlangen ein Nachweis über ihre Staatsangehörigkeit vorzulegen, sowie über ihre sonstigen polizeilich erheblichen persönlichen Verhältnisse Auskunft zu geben. In der Abmeldung wegziehender Personen ist, wenn möglich, der neue Wohnort anzugeben.
3. Nach Abs. 1 sind auch solche Personen zu melden, die in einer Gemeinde zu vorübergehendem Aufenthalt in Privathäusern oder Gasthöfen Wohnung nehmen, sofern der Aufenthalt auf mehr als 1 Monat (bei Familienbesuchen auf mehr als 3 Monate) berechnet ist oder nachträglich erstreckt wird. Auf öffentliche oder private Krankenanstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung.
4. Ist eine Person nach Abs. 3 anzumelden, so ist sie außerdem von ihrem seitherigen Aufenthaltsort in Württemberg abzumelden.
5. Personen, die dauernd an mehreren Orten Wohnungen zu abwechselnder Benützung unterhalten, sind nebst ihren in Betracht kommenden Haushaltsgenossen an jedem dieser Orte beim erstmaligen Bezug der Wohnung anzumelden, beim jeweiligen Ortswechsel aber nicht abzumelden. Wird die Wohnung an einem oder andern Ort aufgegeben, so sind sämtliche dort angemeldeten Haushaltsgenossen ohne Rücksicht auf ihren augenblicklichen Aufenthalt abzumelden; eine aus dem Haushaltverband ausscheidende Person ist gleichermäßen von jeder Wohnung, in der sie angemeldet war, abzumelden.
6. Zu den Meldungen ist für jede Person ein besonderer Vordruck zu verwenden; eine Ausnahme gilt für Ehefrauen und Kinder, die zusammen mit dem Ehemann, dem Vater oder der Mutter die Wohnung ändern, jedoch dürfen auch in diesem Falle nur Personen mit gleichem Familiennamen in eine Meldung aufgenommen werden.

#### § 2.

Beim Wegzug aus einer Gemeinde hat die Abmeldung vor dem Wegzug zu erfolgen; im übrigen (§ 1 Abs. 1 u. 3) beträgt die Meldefrist drei Tage.

#### § 3.

1. Melde- und auskunftspflichtig (§ 1 Abs. 1—3) ist regelmäßig die Person selbst, um deren Wohnungsänderung es sich handelt.
2. Außer dem Mieter ist auch der Vermieter meldepflichtig, soweit er nicht nach Abs. 3 allein meldepflichtig ist.
3. Für die in einem Haushalt aufgenommenen Familienmitglieder, Kollinder, Pensionäre, Diensthofen, Lehrlinge, Handlungs- und Gewerdegewerkschaften und sonstigen Angehörigen, sowie für die in eine öffentliche oder private Anstalt aufgenommen oder darin angestellten Personen liegt die Meldepflicht dem Haushalts- oder Anstaltsvorstand allein ob.
4. Der An- oder Abmeldende hat in den Fällen der Absätze 2 und 3 dem neben ihm oder für ihn Meldepflichtigen die erforderlichen Angaben wahrheitsgemäß zu machen.

Gingegangen jeden Abend,

Lustig wie's die andern sind,  
Wo's erquickend ist und labend,  
Weil zu Hause Weib und Kind.  
Schäumt das Stöffchen in dem Glas,  
Wird erzählt so mancher Schwank,  
Man ergötzt sich an dem Spasie,  
Singt und trinkt, und lacht sich krank.  
Später so zur mittlernäch'tigen  
Stunde geht man dann juband,  
Denn nach einem Bockbiernäch'tigen  
Muß man gründlich schlafen aus.  
Ist man aber eingeladen  
Gar vom Prinzen Karneval,  
Der wie alle Portentaten  
Herscht im großen Spiegelaal.  
Da muß man sich schon bequemen  
Mit zur größten Narretei,  
Und die ist nur hochzunehmen  
So um eins, zwei oder drei.  
Dominos und Harlekine,  
Große Herrn und Lumpenpad,  
„Auzuß“ tanzt mit seiner Reine,  
Springt und lacht sich einen Froed.  
Dort ein schönes Liebermädchen  
Mit dem braugelockten Haar,  
Alle angeln nach der Gnäd'gen,  
Denn sie tanzt auch wunderbar.  
Rasch vergeht die Zeit beim Flirte  
Endlich ruft der Hofmarschall,  
Der da angestellt vom Wirte:  
Demastriert euch jetzt einmal!  
Und es fallen alle Baroen,  
Was da häßlich war, ist fein,  
Manchen aber mit dem scharfen  
Blicke fährt's durch Mark und Bein!  
Was vorher ihn hoch beglückte,  
War, als fiel die Maske ab,  
So „bekannt“, daß aus er rühte  
Schleunigh, aber nicht zu knapp.  
Denn die Gattin war's, die leute,  
Die auch auf den Karneval  
War gekommen als die Schläu're,  
Dort zu sehn den Herrn Gemahl.  
Angenehmer Schwermünder,  
Diesmal kamst du wohl zu kurz;  
„Fortsetzung“ die „folgt“ dann später,  
Morgen früh beim Kassensturz!

### Letzte Nachrichten.

Essen, 29. Jan. Die vierköpfige Familie des pensionierten Hilfsamtsdirektors Kofz wurde tot aufgefunden.

5. Mehrere für die gleiche Wohnungsänderung meldepflichtige Personen können eine gemeinsame Meldung erstatten.  
6. Die Auskunftspflicht im Sinne des § 1 Abs. 2 liegt für Familienmitglieder dem Familienhaupt, in anderen Fällen dem gesetzlichen Vertreter einer anziehenden Person ob, wenn diese wegen jugendlichen Alters, Geisteskrankheit oder dergl. zu ihrer genügenden Erfüllung unfähig ist.

#### § 4.

1. Wirte und andere Personen, die gewerbsmäßig Gäste beherbergen, haben über die bei ihnen übernachtenden Personen fortlaufende Verzeichnisse zu führen, worin der Tag der Aufnahme und der Abreise, der Name, der Stand oder Beruf und der Wohnort jedes Uebernachtenden einzutragen sind. Die Gäste haben die hierzu erforderliche Auskunft wahrheitsgemäß zu erteilen.
2. Die Verzeichnisse oder Auszüge daraus sind der Ortspolizeibehörde in regelmäßiger, von ihr zu bestimmender Wiederkehr vorzulegen. (Siehe unten.)
3. Die Verzeichnisse sind mindestens 2 Jahre lang aufzubewahren und bei einem Geschäftswechsel dem neuen Inhaber, bei Geschäftsaufgabe aber der Ortspolizeibehörde zu übergeben.

Gegenüber den seitherigen Vorschriften sind folgende Änderungen eingetreten:

1. Meldepflichtig ist jede Person, die anzieht, umzieht oder wegzieht, ohne Rücksicht auf das Alter der betreffenden Person.
2. Die Abmeldung hat vor dem Wegzug zu erfolgen, im übrigen beträgt die Meldefrist nur noch drei Tage (seither 6 Tage).
3. Arbeitgeber, Dienstherrn usw. sind nicht mehr verpflichtet, solche Personen polizeilich an- und abzumelden, die nicht bei ihnen wohnen, d. h. nicht in den Haushaltverband aufgenommen sind. Die Pflicht zur polizeilichen An- und Abmeldung besteht seitens der Arbeitgeber also nur dann, wenn die anziehenden oder wegziehenden Personen bei ihnen in Arbeit stehen und zugleich bei ihnen wohnen. Wohl aber müssen sie nach wie vor alle Arbeiter, Angestellten und Diensthofen binnen 3 Tagen zur Krankenkasse anmelden, s. unten. Die Anmeldungen und ebenso die Abmeldungen haben in allen Fällen auf besonderen Wohnungs-An- bzw. Abmeldeformularen, welche unentgeltlich auf dem Meldeamt (Rathaus) erhältlich sind, unabhängig von der Meldung zur Krankenkasse bei der Polizeibehörde zu erfolgen.  
Die seither ausgegebenen Formulare, bei denen polizeiliche An- bzw. Abmeldung mit der An- bzw. Abmeldung zur Krankenkasse verbunden waren, können in Zukunft nicht mehr benützt werden.

Die Meldungen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Neuenbürg (Bezirkskrankenkasse), der künftig sowohl die gewerblichen Arbeiter als auch die Diensthofen angehören müssen, haben unmittelbar bei der Geschäftsstelle dieser Kasse, binnen 3 Tagen nach Beginn und Beendigung der Beschäftigung zu erfolgen und werden nicht mehr durch die Polizeibehörde übermittelt. Ebensovienig können polizeiliche Meldungen zur Uebermittlung an die Ortspolizeibehörde bei der Geschäftsstelle der Allgem. Ortskrankenkasse hier abgegeben werden.  
Formulare zu Meldungen für die Krankenkasse sind unmittelbar von der hiesigen Geschäftsstelle (Vergbahnkasse) zu beziehen.

Die nach oben § 4 von den Wirten und anderen Personen, die gewerbsmäßig Gäste beherbergen (also allen Zimmervermietern) zu führenden fortlaufenden Verzeichnisse über die bei ihnen übernachtenden Personen, sind der Polizeibehörde (Meldeamt) jährlich 2mal und zwar in der Zeit vom 1.—5. April und 1.—5. Oktober zur Einsicht vorzulegen.

Durch Bersten eines Gasrohres auf der Straße war Leuchtgas ausgeströmt und in die Wohnung eingedrungen.

Neumünster, 30. Januar. Die Kfz-fabrik Ueberfabrik ist gestern nachmittags vollständig niedergebrannt. Die Garnition Neumünster und die Kieler Feuerwehr, die mit einer Autospritze herbeigeeilt war, leisteten bei der Eindämmung des Brandes wirksame Hilfe. Die 500 Arbeiter der Fabrik sind beschäftigungslos geworden.

Wien, 30. Januar. Der griechische Ministerpräsident Venizelos ist gestern hier eingetroffen.

Paris, 29. Jan. Den Blättern zufolge sind unter der Garnison von Versailles und des Lagers von Satory in der letzten Zeit eine ungewöhnlich große Anzahl von Todesfällen infolge von Lungenerkrankung vorgekommen.

Madrid, 29. Jan. Annibal Murillo, Graf von Cartagena ist zum Botschafter in Petersburg ernannt worden.

London, 30. Januar. Der neue Turbinendampfer Wille de Liege ist nachts bei dichtem Nebel mit einem englischen Conkeldturbindampfer zusammengestoßen, der arg beschädigt wurde.

Dar-es-Salam, 30. Januar. Die Arbeiten für die im August stattfindende Deutsch-ostafrikanische Landesausstellung nehmen einen guten Fortgang. Auf dem prächtig gelegenen Ausstellungsplatz herrscht eine rege Tätigkeit. Die Beschickung aus dem Schutzgebiet selbst, aus den Nachbarcolonien, aus der Heimat und aus Belgien versprechen einen vollen Erfolg.

Shanghai, 29. Jan. Die China-Inlandsmission hat Telegramme aus Linanchow in Anhui erhalten, wonach auf 2000 Mann geschätzte Räuber fast die ganze Stadt geplündert und verbrannt haben. Der britische Missionar sei mit Frau und Kindern nach Luchow geflüchtet.

### Gedankenplitter.

Haß und Neid sind das schlechteste Kleid.

Was der Feind nicht wissen soll, das sage auch den Freunden nicht.

Selbst in großen Dosen wirkt Kaffee Hag, der coffeinfreie Bohnenkaffee, weder auf Herz, Muskel, Nieren, Allgemeinbefinden oder Schlaf. Er ist unschädlich für Jedermann.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. — Verantwortlich: E. Reinhardt beselkäl.

Die Ortspolizeilichen Vorschriften über die Anmeldung und Abmeldung der Kurzgäste und durchreisenden Fremden vom 28. Januar 1910 werden in unveränderter Form neu erlassen werden.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden gemäß Art. 15 Ziff. 2 des Polizeistrafgesetzes bestraft werden.

Den 22. Januar 1914.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

## Schützen-Verein

Wildbad.

Am Sonntag, den 1. Februar, findet das Kaiserbecher-Schießen

statt und bittet um zahlreiche Beteiligung.

Das Schießen auf den Kaiserbecher beginnt nachmittags 1/4 4 Uhr.

Das Schützenmeisteramt.

Gasth. zur „Eintracht“.

Morgen

Samstag



Meehelsuppe

wozu höflichst einladet

W. Wurz.

Viederfranz Wildbad.  
Samstag abend 8 Uhr  
Singstunde  
im Lokal.  
Der Vorstand.

Am Mittwoch nachmittags wurde auf dem St.-Liedungsfeld ein Stod verwechselt.  
Man bittet denselben umzutauschen bei Wilh. Treiber, Bindhoffäge.

Ich habe die Agentur vom Cv. Sonntagblatt, Christenbote und Jugendfreunde übernommen; jedes Blatt kostet vierteljährlich 39 Pf. Neubestellungen nimmt entgegen.

H. Köhle.

Reifen

Limburgerkäs empfiehlt Chr. Batt, Ww.

